



Protokollauszug

| | |
|---------|-------------------------|
| Sitzung | Rat der Stadt Norderney |
| Status: | öffentlich |
| Datum | 28.03.2018 |

TOP 19. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Luttmann fragt, ob die Verwaltung plane, zur Veränderungssperre betreffend den Bebauungsplan Nr. 4 (Innenstadt Nord-Ost) den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern eine Informationsveranstaltung anzubieten. BM Ulrichs antwortet, dass gerade in Anbetracht der beabsichtigten Festsetzungen eine solche Veranstaltung stattfinden werde.

b) Herr Luttmann erkundigt sich, warum auf dem Parkplatz C Bäume abgeholzt worden seien. BM Ulrichs antwortet, dass es seit Jahren Probleme wegen der Bäume gebe. So hätte ein Herbststurm ein Großteil der Bäume schwer beschädigt, und es habe immer wieder Beschwerden von Fahrzeugbesitzern wegen herabfallender Äste, Blättern und den Hinterlassenschaften nistender Vögel gegeben.

c) Herr Luttmann fragt, ob die beiden Nadelbäume am Hafengebäude, das abgerissen werden solle, erhalten blieben. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die beiden Kiefern eingezäunt worden seien. Sie würden in einem späteren Konzept berücksichtigt.

d) Herr Jentsch spricht an, dass RM Moroni im Wahlkampf Bürgerbefragungen als einen Ausdruck von direkter Demokratie bezeichnet habe. Nach der Wahl sei er strikt gegen eine Bürgerbefragung. Er fragt nach dem Grund für diesen Sinneswandel. RM Moroni antwortet, dass eine Bürgerbefragung nur dann sinnvoll sei, wenn der Rat beschließe, sich dem Votum in jedem Fall zu unterwerfen. Er habe grundsätzlich nichts gegen eine Bürgerbefragung.

e) Frau Judel fragt RM Moroni, ob sie richtig verstanden habe, dass der Rat vor einer Bürgerbefragung sage, was er wolle und was er nicht wolle. RM Moroni antwortet, dass der Rat kein imperatives Mandat habe, sondern die Mitglieder seien eigenverantwortlich tätig. Vor Bürgerbefragungen müsse deshalb geprüft werden, ob sich der Rat einem Votum unterwerfe. Ansonsten gehe eine Bürgerbefragung ins Leere und verursache nur Kosten.

f) Frau Thiemann fragt, wie es sein könne, dass die Oldenburgische Landesbank bereits die Flächen im Haus der Schifffahrt vermarkte, obwohl in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt beschlossen worden sei, das Haus in den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Marienstraße“ mit einzubeziehen, damit Verwaltung und Politik Einfluss auf die Nutzung nehmen könnten. BM Ulrichs antwortet, dass sich dies einer Einflussnahme entziehe. Möglicherweise solle mit der Anzeige nur der Markt erforscht werden. Der angesprochene Beschluss sei heute im Verwaltungsausschuss bekräftigt worden. Man könne jedoch der OLB eine solche Anzeige nicht verwehren.

g) Frau Thiemann erkundigt sich, ob das Einziehen eines Zwischenbodens im Wintergarten des Feuerwehrgerätehauses von vornherein geplant gewesen oder dies nachträglich entschieden worden sei. Durch den Zwischenboden änderten sich die Lichtverhältnisse. BM Ulrichs antwortet, ihm sei nur bekannt, dass die Feuerwehrleitzentrale hier eingezogen sei.

h) Frau Thiemann bezieht sich auf Zeitungsberichte, wonach die Stadtwerke künftig auch den Bezug von Bioerdgas anbieten. Ihr sei bekannt, dass es Biogas oder Erdgas gebe. Sie bittet um eine Erläuterung des Begriffs „Bioerdgas“ und um eine Information, wo das Bioerdgas herkomme. BM Ulrichs bittet sie, sich nach der Sitzung mit dem ebenfalls anwesenden GF Schönemann darüber zu unterhalten.

i) Frau Judel bezieht sich auf die Stellungnahme von 1. stellv. BM Padberg in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt und fragt, wem die Bürgerinitiative „Lebenswerte Insel“ geschadet habe. 1. stellv. BM Padberg habe u. a. gesagt, dass die Anzeige der Bürgerinitiative „allen“ geschadet habe. Darauf stellt 1. stellv. BM Padberg fest, dass es nicht um die Anzeige an sich gegangen sei, sondern um einige Formulierungen in dieser Anzeige. Er komme aus dem Bereich des Sports und habe ein „Foulspiel“ angezeigt, womit für ihn alles wieder in Ordnung sei. Für ihn sei „Populismus“, was in der Anzeige gestanden habe. Dies schade der Bürgerinitiative, der Sache und auch den Politikern. Frau Judel fragt, was 1. stellv. BM Padberg als Angriff empfunden habe. 1. stellv. BM Padberg verweist erneut auf die Formulierungen in der Anzeige.

j) Herr Jentsch fragt, ob im Rat und in der Verwaltung schon diskutiert worden sei, sich dem Entscheid einer Bürgerbefragung zu unterwerfen. BM Ulrichs verweist auf die entsprechenden Sitzungen des Verwaltungsausschusses und die letzte Ratssitzung. Er betont, dass noch nicht ausdiskutiert worden sei, wie mit den Unterschriften umzugehen sei.

k) Herr Sauerbrey verweist darauf, dass es einige Gebiete im Innenstadtbereich gebe, die im öffentlichen Interesse nicht bebaut werden sollten. Er nennt als Beispiel „Hinnis Tuun“. Nun habe man die Möglichkeit, eine Befragung zur Bebauung von Grünflächen durchzuführen und ein Konzept zu erstellen, wie die Entwicklung Norderneys aussehen solle. Die Politiker erhielten dadurch Handlungssicherheit. Nichts sei verwerflich an einer solchen Befragung.

l) Herr Jentsch bezieht sich darauf, dass in der letzten Fachausschusssitzung 1. stellv. BM Padberg betont habe, nur 15 % der Norderneyer Wahlberechtigten hätten die Listen der Bürgerinitiative unterschrieben. Es habe „herausgeklungen“, dass 85 % nicht unterschrieben hätten und 1. stellv. BM Padberg meine, dass diese für eine Bebauung seien. Er fragt, warum sich 1. stellv. BM Padberg einer Befragung verweigere, obwohl er dann auf der sicheren Seite sei. 1. stellv. BM Padberg antwortet, dass er nur festgestellt habe, wieviel Prozent der Bevölkerung sich an der Unterschriftenaktion beteiligt hätten. Er habe nicht gesagt oder gemeint, dass 85 % der Bevölkerung die Ziele der Bürgerinitiative nicht teilen könnten.

m) Frau Judel kritisiert, dass 1. stellv. BM Padberg versucht habe, die 800 Unterschriften auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Man wisse nicht, wie viele sich bei einer Bürgerbefragung äußern würden.

n) Frau Extra bezieht sich ebenfalls auf die Stellungnahme von 1. stellv. BM Padberg und fragt, was die Bürgerinitiative „Unfaires“ getan habe. Bisher sei die Bürgerinitiative kaum in der Presse aufgetreten. Zweck der Anzeige sei gewesen, wachzurütteln. RM Aldegarmann weist darauf hin, dass in der fraglichen Sitzung erklärt worden sei, die Unterschriften seien ernst zu nehmen; jedoch die Absicherung der Kommune sei auch ernst zu nehmen. Es sei mitgeteilt worden, dass bis zum 04.04.2018 eine rechtliche Klärung der Frage der Absicherung beendet sein solle. Vorher brauche sich niemand „künstlich aufzuregen“. Es sei üblich, aufgrund von gesicherten Erkenntnissen Entscheidungen zu fällen. Niemand habe die 800 Unterschriften in Frage gestellt. Herr Sauerbrey weist darauf hin, dass sich sein Wortbeitrag nicht auf die „Gartenstadt“ bezogen habe. Eine Bürgerbefragung zur Bebauung von Grünflächen, die noch keinem Bebauungsplan unterläge, könne man durchführen.

o) Frau Extra erkundigt sich, ob die Bürgerinitiative noch etwas tun könne, bevor der Rat am 09.04.2018 entscheide. BM Ulrichs stellt fest, dass man sich eine weitere Rechtsauskunft

hinsichtlich der Überarbeitung der vorliegenden Vertragsentwürfe bis zum 09.04.2018 erhoffe. Wann die nächste Ratssitzung stattfindet, sei noch gar nicht bekannt.